

Paderborner Volksblatt

für Stadt und Land.

Nro. 31.

Paderborn, 13. März

1849.

Das Paderborner Volksblatt erscheint vorläufig wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Samstag. Der vierteljährliche Abonnementspreis beträgt 10 Sgr., wozu für Auswärtige noch der Postaufschlag von 2½ Sgr. hinzukommt. Anzeigen jeder Art finden Aufnahme, und wird die gespaltene Borgis-Zeile oder deren Raum mit 1 Sgr. berechnet.

Einladung zum Abonnement.

Das „Paderborner Volksblatt“, welches, trotz der kurzen Zeit seines Bestehens, sich bereits einer allgemeinen Theilnahme erfreut — wovon die immer noch einlaufenden Nachbestellungen Zeugniß geben — wird auch für das nächste Quartal wie bisher dreimal wöchentlich, am Dienstag, Donnerstag und Samstag, erscheinen. — Unsere Tendenz werden wir auch ferner treu verfolgen — im Vertrauen auf die Alles überwachende Vorsehung an einer volksthümlichen Verfassung festhalten, jedes Gelüste nach dem Verbrauchten und Verдорbenen bekämpfen, und mit Entschiedenheit den Bestrebungen derjenigen entgegentreten, welche darauf gerichtet sind, das Volk zu unbesonnenen und gesetzwidrigen Handlungen zu verleiten. Die wichtigsten Tagesereignisse werden wir schnell und der Wahrheit getreu mittheilen und nebenbei einiges Gemeinnützige und Unterhaltende liefern. In Berlin, Frankfurt und mehreren andern Orten sind Correspondenten gewonnen. In ersterer Stadt hat namentlich unser Abgeordneter zur 1. Kammer, Herr Landrath Grassio, die thätigste Mitwirkung unserm Blatte zugesichert.

Auch der unbemittelte Bürger und Landmann fühlt in jetziger Zeit das Bedürfniß, sich über die politischen Zustände sowohl unseres Vaterlandes als der fremden Staaten zu unterrichten; damit diesen nun die Anschaffung unseres Blattes nicht schwer falle, haben wir den Abonnements-Preis so billig, wie nur immer möglich — vierteljährlich 10 Sgr., durch die Post bezogen 12½ Sgr. — gestellt. — Bestellungen bitten wir möglichst frühzeitig, auswärts bei der nächsten Postanstalt, zu machen. Neu eintretende Abonnenten erhalten die noch erscheinenden Nummern des Monats März unentgeltlich.

Noch sehen wir uns zu der Erklärung veranlaßt, daß wir für Artikel, welche die Bezeichnung „Inserat“ tragen, und der Tendenz unseres Blattes nicht immer entsprechend sind, keine Verantwortlichkeit übernehmen. Diese Artikel werden von uns als Anzeigen betrachtet. —

Paderborn, 9. März 1849.

Die Redaktion und Expedition des Paderborner Volksblattes.

Uebersicht.

Die Grundrechte des deutschen Volkes, Deutschland. Berlin (Kammervorhandlungen; Nachwahlen; Umgestaltung des Cadettencorps; Vorbereitungen zur Feier der Märztage); Frankfurt (Nationalversammlung); Mainz (die Bischofswahl); Wien (die oktroyirte Verfassung). Italien. Rom (der Papst wird von Gaeta abreißen); Genua (die Oesterreicher rücken gegen Toscana). Dänemark. Kopenhagen (geringe Kriegslust; ein neues Dampfschiff). Vermischtes.

R. Paderborn, 12. März 1849.

Grundrechte des deutschen Volkes.

Artikel III.

Unverletzlichkeit der Person.

§. 9. Die Todesstrafe, ausgenommen, wo das Kriegsrecht sie vorschreibt, oder das Seerecht im Falle von Meutereien sie zuläßt, so wie die Strafen des Prangers, der Brandmarkung und der körperlichen Züchtigung sind abgeschafft.

Ein civilisirtes Volk hat Abscheu vor allen barbarischen Strafen. Die Todesstrafe gehört zu denen, welche dem Gefühle eines civilisirten Volkes widerstreben, obwohl dieses allein kein hinreichender Grund für deren Aufhebung ist. Für die Abschaffungstheorie hat sich die Todesstrafe nicht practisch bewährt. Die Erfahrung hat bewiesen, daß böse Leute sich

an Hinrichtungen zu wenig und zu selten ein abschreckendes Beispiel nehmen. In die Besserungstheorie paßt die Todesstrafe deshalb nicht, weil dem Verbrecher keine Zeit zu einer gründlichen Besserung gelassen wird und um Andere zu bessern, einen Menschen hinrichten zu lassen, kann ein vernünftiger Mensch nicht vertheidigen wollen. Besserung und Abschreckung können ohnehin keine Strafe, am wenigsten die Todesstrafe rechtfertigen. Um die bürgerliche Gesellschaft gegen die Verbrecher sicher zu stellen, erscheint die Todesstrafe nicht nothwendig, weil es andere ausreichende Mittel gibt. Daß die Todesstrafe den göttlichen und menschlichen Rechten widerstrebe, läßt sich mit Grunde nicht behaupten. Dieses hat auch der Frankfurter Reichstag nicht angenommen; denn sonst hätte er die Todesstrafe nicht im Kriegs- und Seerecht bestehen lassen dürfen. — Die Strafen des Prangers, der Brandmarkung und der Stöckschläge müssen bei civilisirten Völkern, abgesehen davon was sich sonst noch dagegen sagen läßt, schon deshalb abgestellt werden, weil sie in dem Verbrecher alles Ehrgefühl vernichten und daher nicht als Mittel dienen, den Verbrecher zur Besserung zurückzuführen, sondern im Gegentheil, ihn aus der Gesellschaft ordentlicher Leute auf immer zu dem verbrecherischen, ehrlosen Gesindel zu verbannen. Fortsetzung folgt.

Deutschland.

L. G. Berlin, 9. März. Sie werden sich wundern erst jetzt einen Brief von mir zu erhalten, allein bisher war wenig Stoff zu Spezial-Nachrichten, außer denjenigen, welche die öffentlichen Blätter bringen, vorhanden. (Die Reden und Verhandlungen in unseren Vorversammlungen sollen nach einem Beschlusse der Mitglieder nicht